

Bewegung, Strömung, Partei

Annäherungen an eine Theorie der Formen des Politischen – Schlussfolgerungen für linke Perspektiven heute

Christoph Spehr

Vorbemerkung

Das vorliegende Papier ist das vorläufige Ergebnis einer längeren Auseinandersetzung mit dem Thema, die mit dem Projekt „Linke Perspektiven nach der Bundestagswahl 2002“ begann. Gegenstand war ursprünglich die Frage, in welcher Weise ein Zusammenwirken zwischen PDS, sozialen Bewegungen und (insbesondere westdeutscher) Linke eine fortschrittliche Transformation der bundesdeutschen Verhältnisse voranbringen könnte, und wie dieses Zusammenwirken strategisch entwickelt und gefördert werden könnte. Es stellte sich heraus, dass es für die Erörterung dieser Frage an vielfachen theoretischen Voraussetzungen fehlt – insbesondere eine systematische, historisch geleitete Konzeptionalisierung der verschiedenen Akteure gesellschaftlicher Transformation und ihres Verhältnisses zueinander. Diese Konzeptionalisierung steht daher im Mittelpunkt des vorliegenden Papiers.

Die Untersuchung ist geleitet von der Auffassung, dass wir mit dem neoliberalen Projekt eine tatsächliche Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse erlebt haben – und dass politische Rechte und organisiertes großes Kapital dafür höchst erfolgreich auf der Klaviatur unterschiedlicher sozialer und politischer Akteure spielen. Demgegenüber ist der konzeptionelle Stand der Linken und der sozialen Gegenkräfte zum organisierten großen Kapital, was Akteure und ihr Zusammenwirken anlangt, wenig entwickelt. Das Aufwärmen klassischer Auseinandersetzungen um Reform oder Revolution, reine Wahrheit oder Realpolitik usw. dient meist der bloßen Rechtfertigung jeweiliger politischer Prioritäten, ist also Ideologie im schlechten Sinne, und unternimmt nicht den Versuch sich wenigstens teilweise unvoreingenommen der Frage zu stellen, wie gesellschaftliche Transformation denn erreicht werden kann.

Die verwendete Methode ist die der vergleichenden Geschichts- und Sozialwissenschaft. Die Typisierung der verschiedenen Akteure orientiert sich an Beispielen, die nach allgemeinem Sprachgebrauch als „Bewegungen“, „politische Grundströmungen“ etc. angesehen werden, und extrapoliert deren jeweils gemeinsame Eigenschaften. Im Hintergrund steht ferner immer der Vergleich zur reaktionären Transformation, der Erfolgsgeschichte des neoliberalen Projekts, auch wenn dies nicht immer explizit angeführt wird.

Teil I: Formen des Politischen

1. Soziale Bewegung, politische Grundströmung, Partei

Der Ansatz, Formen des Politischen zu untersuchen, geht davon aus, dass jede zielgerichtete Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse der langfristigen, kollektiven Aktivität bedarf. Diese langfristige, kollektive Aktivität sozialer Akteure nimmt unterschiedliche Formen an – je nach Art der Zielsetzung und Aufgabe, und je nach Art und Weise des Zusammenwirkens, der Breite und der inhaltlichen Übereinstimmung der kooperativen politischen Anstrengung.

Diese Formen des Politischen – soziale Bewegungen, politische Grundströmungen, Parteien usw. – existieren nebeneinander und müssen in ihrer Eigengesetzlichkeit und ihren spezifischen Fähigkeiten und Grenzen begriffen werden. Eine Annäherung an den Charakter dieser unterschiedlichen Formen des Politischen ist wesentlich, weil sich nur darüber „normale Konflikte“, die zwischen diesen Formen notwendig entstehen und produktiv sein können, von spezifischen Problemen unterscheiden lassen, die anders angegangen werden müssen. Sie ist auch deshalb notwendig, weil es keine privilegierte Form des Politischen gibt, die den anderen „überlegen“ wäre oder „vorausgeht“, sondern nur ein Zusammenwirken der verschiedenen Formen, mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten und Möglichkeiten, gesellschaftliche Transformation möglich macht.

These 1: Gesellschaftliche Transformation ist nur möglich, wenn sie von einem breiten Spektrum an sozialen Akteuren betrieben wird, das tendenziell alle Formen des Politischen und alle politischen Formationen umfasst und in sich plural ist. - „Zusammenwirken geht vor recht haben.“

Tabelle 1: Übersicht über die verschiedenen Formen des Politischen

Soziale Bewegung	Politische Grundströmung	Partei	Linke	politisches Projekt
Forderung	Vision gesellschaftlicher Transformation	soziales Bündnis	Werte-, Erfahrungs- und Prinzipien-gemeinschaft	Gesellschaftliche Problemanalyse
Consciousness	Muster individueller und politischer Handlungsfähigkeit	Instrument gesellschaftlicher Transformation	Sprache der Kritik	ökonomische Formel
Organisation	Organisations-landschaft	Ort der Selbstvergesellschaftung	Kontinuum	globales Netzwerk

1.1 Soziale Bewegung

Der Forschungsstand zum Thema soziale Bewegungen ist relativ bescheiden. Die meisten akademischen Beiträge beschäftigen sich mit Äußerlichkeiten (der geringeren inneren Ausdifferenzierung und Arbeitsteilung oder der Informalität der Strukturen), verwechseln andauernd soziale Bewegungen, NGOs und Bürgerinitiativen, oder versuchen Antworten auf komische Fragen zu geben – z.B. welche besonderen Umstände dazu führen, dass es soziale Bewegungen gibt, ob sie Akteure oder Opponenten von Modernisierungsprozessen sind, usw. Komisch sind solche Fragen, weil sie so tun als ob soziale Bewegungen ein neues Phänomen wären, und weil niemand auf die Idee käme zu fragen, >wieso es Parteien gibt< und welche besonderen Umstände zu ihrer Entstehung beitragen. All dies erklärt sich nur aus dem ideologischen Umstand, dass Parteien als etwas normales gelten, soziale Bewegungen aber nicht. Dabei hat es soziale Bewegungen immer schon gegeben, und sie sind eine Form des Politischen, die ebenso selbstverständlich existiert wie Parteien, politische Strömungen und politische Projekte.

Soziale Bewegungen sind eine Form des Politischen, die sich durch eine *zentrale Forderung* konstituiert. Die Forderung, auf die sie sich richten, steht einerseits in einem Gegensatz zu grundlegenden Regeln der herrschenden Gesellschaft. Zum anderen haftet ihr aber auch eine gewisse Unabweisbarkeit an, d.h. es ist auch innerhalb des bestehenden Systems schwer, diese Forderung rundheraus abzuweisen oder für illegitim zu erklären. Aus diesem Widerspruch heraus entwickeln soziale Bewegung ihre Kraft, die in vielen Fällen dazu führt, dass sie über einen Prozess von oft mehreren Jahrzehnten hinweg diese Forderung durchsetzen. Diese Forderung ist relativ konkret und sie beinhaltet nicht die umfassende Umwälzung der bestehenden Gesellschaft. Z.B. richtete sich die Anti-Apartheid-Bewegung in Südafrika auf die Forderung „one man, one vote“, d.h. die Abschaffung der politischen Diskriminierung der schwarzen Bevölkerung; und genau dieses Ziel wurde letztlich auch erreicht.

Das zweite Element, das soziale Bewegungen notwendig aufweisen müssen, ist etwas, was im Englischen „*consciousness*“ heißt, also politisches Bewusstsein. Da ihre grundsätzliche Forderung im Gegensatz zu den Strukturen der herrschenden Gesellschaft steht, d.h. zu deren Praktiken, Diskursen, Interessen, Machtverhältnissen, muss innerhalb der Bewegung und durch sie in der Gesellschaft, in der sie kämpft, begründet, verankert, gezeigt werden, dass die Verwirklichung der Forderung wirklich möglich ist. Alles, was darauf hinausläuft, dass das „zwar schön wäre, aber leider nicht geht“, muss aufgerollt werden. Eine soziale Bewegung besitzt keine einheitliche politische Theorie, ihre Formen der Weltinterpretation sind plural. Dennoch erarbeitet sie sich gemeinsam eine Art ideologisches Grundsubstrat, eben diese Consciousness, die zwischen der Forderung und der Welt vermittelt.

Als drittes Element bedarf soziale Bewegung der *Organisation*. Sie zerfällt, kann nicht lernen und keine Kontinuität erreichen, wenn es innerhalb der Bewegung nicht Organisationen gibt, die Erfahrungen aufheben, weitergeben, systematisch verbreitern. Dies ist notwendig, weil innerhalb der langen Dauer ihres Kampfes Phasen starker Aktivität mit Phasen geringer Aktivität, starker Rückschläge oder gesellschaftlicher Isolierung abwechseln. Über ihre Organisationskerne kann die Bewegung jedoch überdauern und ihre Geschichte aneignen und fortschreiben. Um handlungsfähig zu sein, ist es entscheidend, ob es einer sozialen Bewegung gelingt eine zentrale Organisationsstruktur aufzubauen, über die sie ihr Handeln koordiniert – entweder als erklärte gemeinsame Koordinationsstruktur (Dachgewerkschaften, Koordinierungsrat der Friedensbewegung usw.) oder de facto (ANC, möglicherweise Attac).

Das Bedeutsame ist, dass jedenfalls im 20. Jahrhundert erstaunlich viele soziale Bewegungen ihre Ziele letztlich erreicht haben. Häufig war dies von Enttäuschungen begleitet, dass sich damit nicht „alles ändert“. Dies ist aber ein Missverständnis – umfassende Veränderung gesellschaftlicher Grundregeln ist nicht Gegenstand sozialer Bewegungen. Gerade der Focus auf die zentrale, konkrete Forderung ermöglicht es, dass soziale Bewegungen in alle Klassen, Schichten, Gruppen und Bereiche der Gesellschaft reichen und dort mobilisieren.

These 2: Soziale Bewegungen erreichen in der Regel ihr Ziel, wenn auch nur in einem sehr langfristigen Prozess, sofern sie ihre drei Grundfaktoren (Forderung, Consciousness, Organisation) nicht selbst verlieren.

Tabelle 1: Soziale Bewegungen im Vergleich

	Forderung	Consciousness	Organisation (z.B.)
Anti-Apartheid-Bewegung	one man, one vote	black consciousness	ANC, PAC, internationale Solidaritätsbündnisse
Friedensbewegung	Abschaffung militärischer Konfliktlösung	Antimilitarismus, Friedensforschung	Aktionsrat
Zweite Frauenbewegung	Gleichstellung der Frau in allen gesellschaftlichen Bereichen und in der Gesellschaft insgesamt	Patriarchatskritik, consciousness raising	NWC, ansonsten nur Organisations-landschaft
Arbeiterbewegung	Beendigung der Abhängigkeit der Beschäftigten vom Kapital	Marxismus, Sozialismus	Internationale
Gewerkschaftsbewegung	Etablierung der abhängig Beschäftigten als gleichstarkem sozialen Akteur neben dem Kapital	Arbeiterbildung	Nationale Gewerkschaftsbünde
Globalisierungskritische Bewegung	Die gesellschaftliche Gestaltung von Leben, Wirtschaft und Gesellschaft soll nicht von Weltmarkt und TNCs diktiert werden.	>Alternativen zum Neoliberalismus<	Attac, PGA, ...

In der Phase der Konstituierung einer sozialen Bewegung ist noch nicht unbedingt klar, was die zentrale Forderung eigentlich ist, die den Kern dieser Bewegung ausmacht. Das gilt heute für die globalisierungskritische Bewegung. Die in der Tabelle angegebene Forderung stellt m.E. diesen Kern dar. Daraus ist auch erklärbar, dass die GKB anschlussfähig zu den Gewerkschaften ist, denn diese Forderung ist auch für sie wichtig. Umgekehrt bestanden und bestehen Spannungen zwischen GKB und internationaler Solidaritätsbewegung (mit sozialen Kräften in der Dritten Welt), weil häufig unterschätzt wird, dass beide Bewegungen zwar anschlussfähige, aber nicht identische Forderungen fokussieren.

These 3: Die konstitutive Forderung der globalisierungskritischen Bewegung lautet: „Die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens, der Ökonomie, der Gesellschaft soll nicht der Entscheidungsgewalt des Weltmarkts oder der Transnationalen Konzerne unterworfen sein, sondern in die Entscheidungsmacht der jeweiligen lokalen, regionalen oder nationalen Gesellschaften (zurück-)gelegt werden.“

Strategische These 1: Soziale Bewegungen müssen durch politische Grundströmungen informiert sein, da sie selbst keine umfassenden Visionen gesellschaftlicher Transformation entwickeln können. Das Problem der globalisierungskritischen Bewegung ist derzeit, dass es keine Etablierung politischer Grundströmungen auf globaler Ebene gibt.

1.2 Politische Grundströmung

Politische Grundströmungen sind ein gängiger Begriff, etwa in der bundesdeutschen Parteistiftungs-Förderung. Die hier gewählte pragmatische Definition - wonach eine langfristige politische Grundströmung existiert, wenn eine ihr zugehörige Partei Fraktionsstatus im Bundestag hat - erscheint allerdings einigermaßen willkürlich. Die Unsinnigkeit dieser Definition wird schon daraus deutlich, dass politische Grundströmungen – wie auch soziale Bewegungen – ein globales Phänomen sind.

Konstitutiv für eine politische Grundströmung ist eine *Vision gesellschaftlicher Transformation*, ein Bild von einer Gesellschaft, deren Regeln in grundlegender Weise andere sind als die derzeit vorherrschenden. *Alle politischen Grundströmungen sind transformatorisch*. Auch konservative oder liberale Grundströmungen streben eine Gesellschaft an, die von der herrschenden grundlegend abweicht. Politische Grundströmungen sind nicht definiert durch eine bestimmte politische Theorie, sie sind in sich durchaus plural; es ist die Vision der anzustrebenden Gesellschaft oder gesellschaftlichen Veränderung, die sie zusammenhält. Diese Vision kann bei den Menschen, Gruppierungen, Zusammenhängen innerhalb dieser Strömung aus sehr unterschiedlichen ideologischen Hintergründen gespeist sein – so finden sich innerhalb des demokratischen Sozialismus religiöse Zugänge wie die Theologie der Befreiung ebenso wie atheistische, marxistische ebenso wie wertkonservative, gewerkschaftliche ebenso wie kulturrevolutionäre usw.

Der Bedeutung der „consciousness“ innerhalb sozialer Bewegungen entsprechen innerhalb politischer Grundströmungen bestimmte *Muster individueller und politischer Handlungsfähigkeit*. Grob gesagt: welcher politischen Grundströmung jemand zugehört, lässt sich daran erkennen, wie er oder sie sich verhält – ganz gleich in welchem Bereich, in welcher sozialen Kooperation. Die einen sind fürs Abstimmen, die anderen machen erst mal eine wissenschaftliche Analyse; die einen denken zuerst an Gegenmacht, die anderen daran, wie man alle überzeugen kann; die einen wollen das Dach in Eigenregie reparieren, wenn es in der Schule reinregnet, die anderen wollen den Staat nicht aus seiner Verantwortung entlassen und behalten lieber nasse Füße. Das beinhaltet, dass jemand eine Disposition für eine bestimmte politische Grundströmung zeigen kann, ohne sich dieser bewusst zuzuordnen. In ähnlicher Weise können wir jemand aus seinem Alltagsverhalten als Vertreter einer konservativen oder liberalen Grundströmung identifizieren, ohne seine expliziten politischen Ansichten zu kennen. (Jurek Becker: „Wie manche Leute ein Ei aufschlagen, macht einen schon krank.“)

Politische Strömungen handeln nicht zentral koordiniert, da sie in ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen agieren. Sie entwickeln aber eine Organisationslandschaft – ein Feld von Vereinen, Zentren, Clubs, Initiativen, Stiftungen etc. , die für die Existenz der Strömung notwendig ist. Durch die Organisationslandschaft führt die Strömung einen gemeinsamen Diskurs, der zwischen alltagspolitischen Handlungsmustern und transformatorischer Vision immer wieder neu vermittelt und beides konzeptionalisiert.

These 4: Politische Parteien sind nicht notwendig „strömungsrein“. Meist umfassen sie eine hegemoniale politische Grundströmung und Teile anderer Strömungen. Dies ist für das Wirken der Partei nützlich und sinnvoll, da sie ein Stück der notwendigen äußeren Koordination bereits intern vorwegnimmt und die gesellschaftliche Kraft der Partei so erhöht.

Diese Struktur entspricht gewissermaßen dem „Angleichen“ beim Unterheben von Eischnee unter Teigmasse. Ein Teil des Eischnees wird bereits vorher mit der Teigmasse verrührt und verändert deren physikalische Eigenschaften, so dass sich die Teigmasse beim Unterheben leichter mit der anderen Masse verbindet – das Unterheben geht dann besser, weil sich beide bereits etwas ähnlicher geworden sind.

Im Unterschied zu sozialen Bewegungen kommen politische Grundströmungen nie „ans Ziel“. Ihre Vision bleibt den gesellschaftlichen Verhältnissen stets voraus. Wenn die Gesellschaft eine Transformation durchläuft, die Teile der transformatorischen Vision der Strömung verwirklicht, entwickelt diese Vision sich weiter und antizipiert, worauf sie unter den neuen Verhältnissen zielt.

Tabelle 3: Linke Grundströmungen im Vergleich

	Vision gesellschaftlicher Transformation	Muster individueller und politischer Handlungsfähigkeit	Organisationslandschaft
Sozialdemokratie	gleichberechtigte Integration der arbeitenden Bevölkerung	Mitbestimmung, sozialer Ausgleich, ökonomische Umverteilung	soziales (proletarisches) Milieu
Kommunismus	rationale Gestaltung durch Staatseigentum & gesellschaftliche Planung	Bruch mit der alten Gesellschaft, Effizienz, Kontrolle, „Logik“	ideologisches (parteipolitisches) Umfeld
demokratischer Sozialismus	freie & gleiche Selbstbestimmung, Selbstentfaltung	Selbstorganisation, Zurückdrängen von Herrschaft, „Übernahme“, „Verhandeln“	politisch-gesellschaftliche Organisationskerne
grün-alternative Strömung	nachhaltige & friedliche Gesellschaft, soziale Harmonie	Überprüfung, Folgen-Kritik, Überzeugen aller	soziales (postmodernes) Milieu, Basisbewegungen

These 5: Eine politische Grundströmung des demokratischen Sozialismus existiert seit den Revolutionen des frühen 20. Jahrhunderts, insbesondere seit der Russischen Revolution. Eine parteibegründende Wirkung wurde jedoch meist unterbunden durch den sozialdemokratisch-kommunistische Konflikt der ersten Jahrhunderthälfte und den Kalten Krieg in der zweiten Jahrhunderthälfte.

Strategische These 2: Die Vision des demokratischen Sozialismus ist häufig als (sozialdemokratisch-kommunistischer) Mix aus Weg und Ziel (demokratische Transformation, sozialistische Gesellschaft) oder aus Form und Inhalt (demokratisches Institutionensystem, sozialistische Ökonomie) konzeptionalisiert worden. Dies ist nicht hinreichend. Es bedarf einer Konzeptionalisierung, welche den eigenständigen Charakter der angestrebten Gesellschaft und der angestrebten Ökonomie deutlich macht.

1.3 Partei

So heftig über konkrete Parteien, ihre Programmatik und ihr Verhältnis zu Bewegungen gestritten wird und so intensiv über ihre Programmatik diskutiert wird, so wenig Überlegung wird häufig der Frage geschenkt, was eine Partei überhaupt ist. Die Antwort darauf kann nicht dem herrschenden politischen System entnommen werden (das Parteien einerseits als Wahlvereinigungen, andererseits als Transmissionsriemen herrschender Ideologie über das Medium der politischen Bildung definiert und privilegiert). Ansonsten würde eine Partei buchstäblich zu existieren aufhören, wenn sie z.B. verboten wird – was der historischen Erfahrung linker illegalisierter Parteien ebenso widerspricht wie der Tatsache, dass sich Parteien oft bilden, um die demokratischen Rechte erst zu erkämpfen, die sie dann später haben.

Als Form des Politischen ist eine Partei die Form, die man annimmt, um die grundlegenden Regeln einer bestehenden Gesellschaft zu verändern – über deren derzeitige verfassungsmäßige, ökonomische, institutionelle etc. Form hinaus. Im Unterschied zur sozialen Bewegung ist sie nicht fokussiert auf eine bestimmte Forderung, und im Unterschied zur politischen Grundströmung ist sie auf optimale Koordinierung und effektive Durchsetzungskraft orientiert. Die Partei ist die Form des Politischen, die „ernst macht“ mit der Transformation, mit aller Attraktivität und allen Gefahren, die einem solchen Vorhaben eigen sind. (In diesem Sinne verwendet z.B. auch Gramsci den Begriff der „Partei“.)

Entgegen der Ideologie der FDGO sind auch Parteien allesamt transformatorisch. Konstitutiv für die Partei ist jedoch nicht ihre Programmatik. Programme ändern sich, z.T. sogar radikal, ohne dass dadurch eine neue Partei entsteht: die SPD hat weder durch das Erfurter Programm noch durch die Wende zum Neoliberalismus aufgehört zu existieren. Was Parteien konstituiert, ist ein spezifisches *Bündnis sozialer Kräfte*. Transformation, Änderung grundlegender Regeln der bestehenden Gesellschaft, übersteigt die Kraft einzelner sozialer Kräfte und erzwingt prinzipielle Bündnisse. Das begründet Parteien; und ohne das kann die Partei nicht existieren. Parteigründungen

ohne ein effektives Bündnis sozialer Kräfte sind nicht stabil, und auch große Parteien kollabieren, wenn das soziale Bündnis zerfällt oder sich von der Partei zurückzieht (so etwa im Zusammenbruch der DC in Italien).

Wesentlich für Parteien ist ferner nicht die Herausbildung von „consciousness“ oder von Mustern individueller oder kollektiver Handlungsfähigkeit, denn Parteien sind nicht strömungshomogen. Wesentlich jenseits der sozialen Bündnis constellation ist der spezifische Charakter der Partei als *transformatorisches Element* – die Antwort auf die Frage, *wie* die Partei Macht erhalten will. Dieser Instrumentcharakter kann als Wahlverein gefasst sein, als Mobilisierungsinstrument, als kulturrevolutionärer Zusammenschluss, oder als institutionelles „Backbone“, das den Aktivitäten anderer Formen des Politischen Schutz und Spielräume verschafft. Die letztere Auffassung ist die neueste, die einem Charakter als „Bewegungspartei“ entspricht. Die Haltung zur Übernahme politischer Mandate oder zu Regierungsbeteiligungen kann dagegen nie prinzipiell sein; die Entscheidung ist zu treffen auf Grundlage der Einschätzung, ob dies zum aktuellen Zeitpunkt, unter konkreten Umständen, zum grundsätzlichen Instrumentcharakter der Partei passt.

Parteien sind schließlich ein *Element der Selbstvergesellschaftung* ihrer Angehörigen. Die Individuen und sozialen Kräfte, welche die Partei bilden, sind von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses so überzeugt, dass sie bereit sind sich gegenseitig zu verändern, über die spezifische Prägung ihrer jeweiligen Klasse, Schicht oder sozialen Erfahrung hinaus. Dies gehört zum Charakter des „Ernstmachens“, der Parteien innewohnt, und ist Teil ihrer besonderen Kraft wie auch Gefährlichkeit. Der Charakter der Partei als Element der Selbstvergesellschaftung, d.h. der Veränderung ihrer Angehörigen, ist heute umstritten, er findet aber ganz offensichtlich statt und ist das, was den Unterschied zwischen Angehörigen und Umfeld macht.

Angehörige einer Partei werden nie mit sämtlichen Programmpunkten übereinstimmen, und Programme lassen sich nicht objektiv, wissenschaftlich, durch Analyse und Herleitung machen. Angesichts des grundlegenden Bündnischarakters ist weniger wichtig, ob ein Programm alle Angehörigen der Partei positiv ausdrückt, als vielmehr, dass das Programm nichts enthalten darf, was eine bestimmte soziale Kraft oder Fraktion ausschließt oder abstößt. Programme konditionieren keine Eintritte, nur Austritte oder verhinderte Eintritte.

These 6: Parteien sind eine eigenständige Form des Politischen, die unabhängig von konkreten politischen Systemen existiert. Sie definieren sich nicht durch die Vorgaben des jeweiligen politischen Systems, sondern selbst.

Tabelle 4: Linke Parteien im Vergleich

	soziales Bündnis	transformatorisches Instrument	Element der Selbstvergesellschaftung
sozialdemokratische Parteien	qualifizierte Arbeiterschaft (Facharbeiterschaft) + Intellektuelle	Wahlverein, Repräsentation	Selbsterziehung, Bildung
kommunistische Parteien	Bewegungen gegen alte Autoritäten und an nationaler Souveränität interessierte Gruppen	Mobilisierung, Verteidigung gegen Konterrevolution	Disziplin, Einsicht, soziale Grenzüberschreitung
demokratisch-sozialistische Parteien	für Emanzipation Kämpfende + an realer Problemlösung Interessierte	Schutz & Spielräume, solidarische Ermöglichung	verhandelter Gemeinwille, positive Spannung
grün-alternative Parteien	neue soziale Bewegungen + nicht-aggressive Teile der Gesellschaft	Kulturrevolution, symbolische Kritik	institutionelle Einlassung, „Erziehung der Bewegung“

Strategische These 3: Demokratisch-sozialistische Parteien müssen heute die Eigenständigkeit ihres Instrumentcharakters deutlich machen, der auf der Flankierung anderer Akteure beruht, um nicht zwischen Realpolitik und weitergehendem Transformationsanspruch zerrieben zu werden. Sie bedürfen einer besonders intensiven, sensiblen Kommunikation mit ihrem Umfeld, mit Bewegungen und der Linken, wenn sie Regierungsbeteiligungen eingehen, und müssen dafür eigene institutionalisierte Formen von Kommunikation und Verpflichtung entwickeln.

2. Linke

Neben sozialen Bewegungen, politischen Grundströmungen und Parteien existieren noch andere Formen des Politischen, von denen zwei hier der Betrachtung unterzogen werden sollen: die Linke und das politische Projekt. Für „die Linke“ und „die Rechte“ existiert kein adäquater zusammenfassender Begriff.

„Gesellschaftliches Lager“ ist ebenso unzutreffend wie „politische Grundausrichtung“, wie sich aus der näheren Beschreibung der Linken (und dem Vergleich zur Rechten) ergibt.

Die Linke, als Form des Politischen, konstituiert sich als eine *Werte-, Erfahrungs- und Prinzipiengemeinschaft*. Die Linke bewahrt die Erfahrungen mit den Versuchen gesellschaftlicher Veränderung kritisch auf, ebenso die Erfahrungen mit der Macht von Staat und Kapital (z.B. dass man Regierungen nicht trauen darf, dass im Krieg immer gelogen wird, dass gesellschaftliche Projekte unter den Aspekten von Macht und Herrschaft betrachtet werden müssen, dass gute Absichten der Mächtigen kein Ersatz für den Abbau von Machtstrukturen sind, usw.).

Die Linke kann nicht organisiert werden, da sie sich in verschiedenen Parteien, Bewegungen, Strömungen etc. organisiert und diesen verpflichtet ist. Sie existiert häufig latent, d.h. tritt in ihrer Gemeinsamkeit nicht sichtbar in Erscheinung. Sie tritt in Erscheinung, wenn gesellschaftliche Entscheidungen über linke Partei- und Organisationsgrenzen hinweg gemeinsam von der Linken kritisiert oder gefordert werden. Man kann an die Linke appellieren, da sie ein Substrat gemeinsamer Werte und Prinzipien bewahrt, das sich aus ihren Erfahrungen ergibt. (All das gilt umgekehrt für die Rechte auch.)

Wesentlich für die Linke ist außer dieser Werte-, Erfahrungs- und Prinzipiengemeinschaft die Herausbildung einer übergreifenden *Sprache der Kritik* gegenüber den gesellschaftlichen Verhältnissen. Sie bildet sich im Zusammenspiel mit gemeinsamem linken Handeln in der Gesellschaft. Bündnisse zwischen linken Parteien z.B. (die nie vollständig Teil der Linken sind!) haben nur Bestand und Erfolg, wenn sie von einer Verständigung der jeweiligen Parteilinken getragen sind.

Die Linke ist ein *Kontinuum* – das heißt, sie hat keine scharfen Ränder, Menschen und Gruppierungen können ihr teilweise angehören, können sich „gespalten“ sehen zwischen ihrer Praxis und ihrem „linken Gewissen“. *Die Linke regiert nie*, da die Verpflichtung auf eine gemeinsame Ordnungspolitik sie sprengen würde. Die Wirkung und Bedeutung der Linken wird dennoch notorisch unterschätzt. So war es für den Regierungswechsel 1998 wesentlich, dass Rot-Grün – bei aller Kritik – innerhalb der Linken als ungeliebte, aber historisch notwendige nächste Option angesehen würde und dass eine rot-grüne Regierung einen realen, positiven Unterschied zu schwarz-gelb machen würde. Die grundsätzliche Wählbarkeit von rot-grün von links konnte 2002 über die Friedensfrage noch einmal aktiviert werden. Inzwischen ist sie verspielt. Obwohl zahlenmäßig begrenzt, ist die Linke stark vernetzt und ein wesentlicher Faktor der gesellschaftlichen Meinungsbildung. Die Linke allein ist zu schwach, Transformation herbeizuführen; aber Transformation mit progressiven Ansprüchen (selbst nur als „kleineres Übel“) ist ohne grundsätzliche Akzeptanz bei der Linken nicht möglich.

These 7: Es ist nicht möglich, eine abschließende Definition der Linken anzugeben, denn diese unterliegt dem historischen Wandel. „Links ist, was innerhalb der Linken als links gilt“ – diese scheinbar paradoxe Definition trägt der Tatsache Rechnung, dass die Linke eine historisch bestimmte Größe ist.

Tabelle 5: Linke im historischen Wandel

	Werte-, Erfahrungs- und Prinzipien-Gemeinschaft	Sprache der Kritik	Kontinuum
Traditionelle Linke	Sozialismus, Erfahrung der Spaltung, Solidarität mit der Arbeiter- und Gewerkschafts-Bewegung	Klassischer Marxismus, gewerkschaftlich orientierte Kritik	>Sowjetunion<
Neue Linke	Antiautoritär, Erfahrung der „Arbeiteraristokratie“ und des Stalinismus, Solidarität mit Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt	Dritte-Welt-Marxismus, Antikolonialismus, Kritische Theorie, Herrschaftskritik	>Vietnam<
Postmoderne Linke	Selbstorganisation, Erfahrung der Globalisierung und des Zusammenbruchs der sozialist. Staaten, Solidarität mit Selbstbestimmung und Grassroot-Bewegungen	Postkolonialismus, Triple Oppression, Fortschrittskritik, Dominanzkritik	>Chiapas<

Aus dieser schematischen Übersicht erschließt sich z.B. die Bedeutung, die die Antisemitismus-Auseinandersetzung in der BRD als Element des Übergangs von der Neuen Linken zur Postmodernen Linken spielt(e). Es erschließt sich auch daraus, dass die Linke bis heute zwar von bestimmten sozialen Bewegungen informiert ist, aber beileibe nicht von allen – insbesondere feministische und antirassistische Grundwerte sind bis heute kein Teil der allgemeinen linken Grundüberzeugung.

Strategische These 4: Es kann nicht „die linke Partei“ geben, da dies der Geschichte und Wirkungsweise der Linken widerspricht und ihre Unabhängigkeit gefährden würde. Eine linke Partei ist eine Partei, die für die Linke grundsätzlich wählbar ist, und das ist schwer genug. Eine linke Partei in diesem Sinne kann auch einzelne Entscheidungen fällen, die von der Linken nicht gutgeheißen werden; sie darf aber nicht versuchen die Linke zu diskriminieren, zu diskreditieren oder zu disziplinieren. Fehler in diesem Bereich haben einen Wirkungshorizont von ca. 10 Jahren.

3. Entwicklungspfade und politisches Projekt

Der im Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung dargelegte und im wesentlichen von Dieter Klein entwickelte Begriff des „Entwicklungspfades“ ist heute der ambitionierteste und leistungsfähigste Versuch, die klassischen Dilemmata von Reform und Revolution, Klassenkampf und demokratischer Transformation, Fundamentalkritik und Realpolitik etc. zu bearbeiten (auch etwa die Problematik, dass z.B. im Kapitalismus jede partielle Veränderung entweder systemimmanent funktional wirkt oder scheitern muss, so dass jede graduelle Transformation unmöglich erscheint).

Das Konzept der Entwicklungspfade geht davon aus, dass gesellschaftliche Entwicklung sich nicht bruchlos-evolutionär vollzieht, dass sich diese Entwicklung aber nicht in ein teleologisches Raster pressen lässt (wie in der klassischen marxistischen Formationstheorie) und dass der Übergang zu einem gesellschaftlichen Strukturmodell Gegenstand einer Wahl ist, also weder zwangsläufig noch vorgegeben. Zum gleichen historischen Zeitpunkt und zum gleichen Stand der gesellschaftlichen Produktivkraftentwicklung kann es unterschiedliche Entwicklungspfade geben, wie etwa den des demokratischen Wohlfahrtskapitalismus und den der staatssozialistischen Gesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg. Ein Entwicklungspfad ist „the next big thing“ – ein kollektiver Versuch, die Widersprüche und Dysfunktionen des bisherigen gesellschaftlichen Strukturmodells zu überwinden und sich dafür neue einzuhandeln. Ein Entwicklungspfad hat eine Jugend, eine vollentwickelte Phase, schließlich altert er. Ein Entwicklungspfad bleibt dynamisch und voller Widersprüche, aber solange er funktioniert, bleiben diese Widersprüche und Dynamiken innerhalb seines gesellschaftlichen Strukturmodells. Die Zukunft ist nicht festgelegt, sie ist machbar, aber sie tritt nur ein in Gestalt eines neuen, möglichen Entwicklungspfades – und dass er möglich ist, ist sowohl eine ökonomische als auch eine politische Frage, eine objektive wie eine subjektive, eine Frage von Alltagshandeln wie von wirtschaftlichen Regulatorien.

Auf der Ebene der Formen des Politischen entspricht dem Entwicklungspfad das „politische Projekt“ – ein sehr breites gesellschaftliches Bündnis für einen bestimmten Entwicklungspfad. Das politische Projekt ist eine Koalitionsbildung, die bewusstes wie unbewusstes Zusammenwirken beinhaltet, Elemente ideologischer Übereinstimmung wie das Zusammenspiel unterschiedlich interessengeleiteten Handelns – es ist das Angebot eines möglichen Kompromisses, auf dem ein neues Strukturmodell gegründet sein kann. Die Breite dieser Koalitionsbildung übersteigt Bewegungen, Strömungen, Parteien; sie übersteigt auch Klassen und Eliten, baut verschiedene Fraktionen und Teilgruppen zusammen, usw. Das politische Projekt ist der Gegenstand von gesellschaftlicher Hegemoniebildung.

Das idealtypische Modell eines politischen Projekts ist das neoliberale Projekt, welches das keynesianische Projekt abgelöst hat. Ein politisches Projekt konstituiert sich durch drei Elemente:

Erstens gehört dazu eine gesellschaftliche Problemanalyse, und zwar eine sehr einfache, die sich in zwei Sätzen ausdrücken lässt. Die Problemanalyse benennt, was (angeblich) der Grund der allgemein empfundenen Probleme des aktuellen gesellschaftlichen Strukturmodells ist. (Beispiele siehe Tabelle 5)

Zweitens gehört dazu eine ökonomische Formel, die (vermeintliche) Antwort auf die Probleme, das was grundsätzlich und überall zu tun ist, damit es „wieder funktioniert“. Auch diese ökonomische Formel muss sehr einfach sein und sich in zwei Sätzen ausdrücken lassen.

Drittens gehört dazu ein globales Netzwerk, welches das politische Projekt propagiert, systematisch dafür wirbt, „Einstiegsprojekte“ koordiniert wo es möglich ist, und sowohl die Problemanalyse als auch die ökonomische

Formel maximal verbreitet und in alle gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, vor allem aber auch in alle gesellschaftlichen Diskursbildungen, einspeist. Das „world-wide web of neoliberalism“ ist auch hier das idealtypische Beispiel, jedoch hatten auch frühere politische Projekte ihre globalen Netzwerke.

These 8: Gesellschaftliche Transformation vollzieht sich über die Wahl von Entwicklungspfaden. Ein Entwicklungspfad, so schlecht er auch bereits funktioniert, bleibt bestimmend, solange er nicht von einem neuen politischen Projekt hegemonial abgelöst wird.

Tabelle 5: Politische Projekte (Entwicklungspfade) im Vergleich

	gesellschaftliche Problemanalyse	ökonomische Formel	globales Netzwerk
neoliberales Projekt	Monetarismus, Wettbewerbsverzerrung durch Sozialstaat und Subventionen behindert Produktivitätsentwicklung	Ökonomisierung aller Gesellschafts-bereiche	societies, akademischer Bereich
keynesianisches Projekt	zyklische Nachfragekrise, Unterkonsumption verunmöglicht Kapitalverwertung	antizyklische Geldmengenpolitik	Politik & Wissenschaft
planwirtschaftliches Projekt	kapitalistisches Profitprinzip bedingt absolut irrationale gesellschaftliche Entscheidungen	Verstaatlichung der Produktionsmittel	kommunistische Parteien / Internationale
„neosozialistisches“ Projekt	Fremdverfügung bedingt relativ irrationale gesellschaftliche Entscheidungen	Aneignung durch Produzenten und Betroffene	innerhalb der globalisierungs-kritischen Bewegung

Es ist derzeit noch kein politisches Projekt formiert, dass die (geschwächte, absterbende) Hegemonie des neoliberalen Projekts ablösen könnte. Dies könnte auch ein rechtes politisches Projekt sein, das aber ebenfalls noch nicht klar in Sicht ist. Die Versuche, ein neues politisches Projekt von links zu formulieren, leiden bislang darunter, dass sie auf zentrale offene Fragen keine Antwort geben (wollen) – etwa die Frage, wie die Dynamik des Weltmarkts und die destruktive Kraft freier Kapitalmobilität bekämpft oder wodurch sie ersetzt werden sollen. Die Hegemonie-Schwäche des neoliberalen Projekts setzt sich daher bislang nicht in die Schwächung seiner politisch-ökonomischen Vormacht um.

Strategische These 5: Ein linkes alternatives Projekt zum Neoliberalismus kann sich nur entfalten und an Stärke gewinnen, wenn es Elemente kollektiver Aneignung von unten (d.h. Übernahme von Entscheidungsmacht in allen gesellschaftlichen Bereichen) mit massiven Eingriffen in die Verfügungsgewalt von großem Kapital verbindet, insbesondere die Mobilität von Kapital und Produktion stark einschränkt. Beides muss in Formen geschehen, die sich von klassischer Verstaatlichung definitiv unterscheiden.

Teil II: Politische Formationen

Mit „politische Formationen“ sollen im Unterschied zu den Formen des Politischen, die sich auf unterschiedliche kollektive Organisationspraxen zur gesellschaftlichen Veränderung beziehen, unterschiedliche Organisationsformen beschrieben werden. Im Vordergrund steht also nicht die spezifische Praxis der Veränderung, sondern die spezifische Struktur bestimmter Organisationen. So bezeichnet „soziale Bewegung“ eine Form des Politischen, „NGO“ dagegen eine Formation; „Linke“ eine Form des Politischen, „Netzwerk“ eine Formation; einzig der Begriff der Partei existiert im doppelten Sinne, als Form des Politischen (so etwa verwendet Gramsci den Begriff der Partei, im Sinne einer „historischen Partei“ bzw. von organisierter „Parteinahme“) und als politische Formation (in der man Mitglied wird, Beitrag bezahlt, die zu Wahlen antritt und Mandate erringt usw.).

Tabelle 6: Die verschiedenen politischen Formationen

	NGO	Koordinationsrat	Partei	Sozialforum	Netzwerk
konstituiert sich als	autonomes Arbeitskollektiv innerhalb sozialer Bewegungen	Entscheidungsgremium sozialer Bewegungen	Schnittstelle zum politischen Repräsentationssystem	Ort alternativer politischer Souveränität	kooperative Interessengemeinschaft mit multilateraler Struktur
ist strukturell bestimmt durch	spezifische inhaltliche oder praktische Aufgabenstellung	korporative Repräsentation	individuelle Mitgliedschaft	gemeinsamer Widerspruch zur Struktur hegemonialer politischer Souveränität	dGeschichte des Netzwerks
zielt auf	Etablierung, Einfluss	Entscheidungsfindung	politische Macht	anerkannte Autorität	soziale Ethik
Entscheidungsstruktur	non-profit-Unternehmen (selbstverwaltet oder autoritär)	Konsensentscheidung	Mehrheitsentscheidung mit Minderheitenschutz	gemäßigter Konsens + least resistance	„best practice“, informelle Entscheidung

Der Sinn einer Untersuchung und Konzeptionalisierung der politischen Formationen ist es, ein realistisches Bild von ihren jeweiligen Möglichkeiten und Grenzen, Stärken und immanenten Gefahren zu gewinnen. Auf dieser Basis lässt sich diskutieren, in welcher Weise eine Weiterentwicklung bestimmter Formationen im Hinblick auf die ihnen zugehörigen Formen des Politischen notwendig, wünschenswert, möglich oder beobachtbar ist. In diese Weiterentwicklung zielgerichtet eingreifen zu können, ist ein wichtiges Element linker Politik und unter Umständen eine notwendige Bedingung für Transformation.

Vorläufig sollen hier drei Aspekte herausgegriffen werden, die derzeit von hoher Bedeutung für gesellschaftliche Transformationsprozesse sind.

1. Sozialforen – Orte neuer politischer Souveränität?

Mit den Sozialforen (Weltsozialforum, Europäisches Sozialforum, andere kontinentale Sozialforen, nationale und lokale Sozialforen) hat sich in den letzten Jahren eine neue politische Formation herausgebildet, die in der kritischen Auseinandersetzung mit dem neoliberalen Projekt entstanden ist. Es ist umstritten, was die Sozialforen eigentlich sind. Sie sind keine NGOs, auch kein Koordinierungsrat einer sozialen Bewegung. Sie haben sich auch vom Charakter der „Gegenkongresse“ zu pointierten Treffen internationaler Institutionen oder Quasi-Institutionen gelöst, und im Gegensatz zu Kritischen Universitäten bilden sie einen weit stärkeren programmatischen Anspruch aus. Sie verstehen sich zunehmend als Orte einer globalen Gegenöffentlichkeit, einer alternativen globalen Programmatik, ja einer potenziellen kollektiven Gegenführung der Weltgesellschaft.

These 9: Die Sozialforen sind eine neue politische Formation, die sich zu Orten einer alternativen Souveränität entwickeln können. Für eine gesellschaftliche Transformation haben sie daher eine hohe Bedeutung, die sie jedoch nur einlösen können, wenn sie von globalen politischen Strömungen informiert und entwickelt werden.

Strategische These 6: Linke Politik sollte die Autorität der Sozialforen stützen und sie dazu fordern, zu zentralen Punkten globaler Entwicklung und globaler Konflikte Positionen und auch Entscheidungen zu fällen.

2. Netzwerke – Hype und Gedächtnisverlust

Netzwerke sind keine neue politische Formation. Das neoliberale Projekt hat sie besonders geschickt gebildet und genutzt, um an den traditionellen Orten von Souveränität, die für das keynesianische Projekt bestimmend waren (z.B. Nationalstaaten und ihre politischen Institutionen) vorbei zu operieren und diese nach und nach durch neue Orte von Souveränität zu ersetzen.

Als pragmatische Form spielen Netzwerke eine bedeutende Rolle im Rahmen einer Globalisierung von unten, da sie geringere Schwellen als andere politische Formationen haben. Netzwerke haben jedoch notorische Demokratie-Defizite und neigen dazu, bestehende Machtverhältnisse auch innerhalb ihrer Mitglieder abzubilden und zu verstärken, da sie in der Regel über keine Mechanismen von Gegenmacht und institutionalisierter Repräsentation verfügen.

These 10: Die Transformation klassischer Organisationsstrukturen in Netzwerkstrukturen bedingt den Verlust wichtiger Teile der kollektiven Erfahrungen und des sozialen Kapitals von historischen Organisationsprozessen. Dazu zählen insbesondere Formen der internen Kompensation gesellschaftlicher Ungleichzeit, also institutionalisierte Formen antipatriarchaler und antirassistischer Organisationspolitik.

Strategische These 7: Linke Politik muss auch netzwerk-kritische Politik in Netzwerken sein. Gerade die Flexibilität und Anpassungsfähigkeit von Netzwerken lässt sie als Instrument der Transformation leicht stumpf werden. Das Demokratie-Defizit von Netzwerken passte gut zum neoliberalen Projekt, steht aber in einer deutlichen Spannung zum Anspruch eines neosozialistischen Projekts. Für den Prozess der Parteireform innerhalb linker Parteien kann das Netzwerk kein Leitbild sein.

3. Die Zukunft linker Parteien

Es spricht derzeit nichts dafür, dass linke Parteien wenig wichtig würden, im Gegenteil. Sie stehen allerdings im permanenten Spagat zwischen ihrer Machtpolitik im bestehenden gesellschaftlichen Strukturmodell und ihrer Verortung im Feld der Formen des Politischen und der politischen Formationen, die eine gesellschaftliche Transformation anstreben.

Das herrschende politische System privilegiert Parteien vor allen anderen politischen Formationen. Parteien sind die einzige Formation, die Zugang zu institutionalisierter politischer Macht erhalten kann; sie sind auch die Formation, die am massivsten Zugang zu ökonomischen Mitteln erhält. Gleichzeitig wirkt das Parteiensystem der Option der Spaltung einer Partei strukturell entgegen (5%-Klausel und >branding< machen Abspaltungen nahezu chancenlos).

Linke Parteien müssen dies reflektieren und ihrem Machtvorsprung gegenüber anderen Formationen systematisch entgegenwirken. Sie müssen Macht teilen. Ein Zusammenwirken mit Bewegungen und parteinahem Umfeld ist eine Einbahnstraße, wenn diesen nicht auch Einfluss auf Entscheidungen verschafft wird, zu denen die Partei aufgrund ihrer Privilegierung Zugang hat. Bewegungen und Umfeld werden linke Parteien nicht stützen, wenn sie keinerlei Garantien dafür erhalten, dass die betreffende Partei ihnen nicht z.B. nach der Wahl eine lange Nase dreht und für die Unterstützung lediglich „danke“ sagt. Auch rechte Parteien geben ihrem Umfeld und den sie stützenden sozialen Kräften nicht bloß Zusagen, sondern etablieren ihnen institutionalisierte Formen der Einbindung in das Vorfeld von Entscheidungen etc.

These 11: Linke Parteien können nur dann erfolgreich mit Bewegungen und unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften zusammen arbeiten, wenn sie diesen strukturell gesicherten Einfluss auf die politischen Entscheidungen verschaffen, zu denen die Partei im politischen Repräsentationssystem Zugang hat.

Strategische These 8: Entsprechende Formen institutionalisierten Einflusses sind absolut unterentwickelt. Linke Parteien müssen hier dringend mit sozialen Bewegungen und gesellschaftlichen Kräften verhandeln und gemeinsam experimentieren. Offene Listen mit festen Schlüsseln, Bewegungsräte, Kandidatenratschläge, Rechenschaft vor Bewegungen und Sozialforen etc. können Instrumente einer effektiven Machtteilung sein, ohne die linke Parteien sich innerhalb des transformatorischen Feldes systematisch isolieren werden.